

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 18. 32. Jahrg.

2. Mai 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1,50 Mk., inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeltungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsässerstr. 86-88^u. Redaktionsschluss: Montag, Telephon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die vierspaltige Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Um den Aufstieg der Arbeiterklasse, I. Rundschau. Das Räteproblem, II. Zerstörung der deutschen Volkskraft durch den Weltkrieg. — **Allgemeines:** Die Technik und die Arbeiter. Unsere Verbandsdiagnose. Ortsberichte: Coblenz, Darmstadt, Königsberg i. Pr. — **Die photomed. Fächer:** Ortsberichte: Dresden, Lichtdrucker. — **Der photogr. Mitarbeiter:** Die Sonntagsruhe in der Photographie. — **Die Tapetenbranche:** Ortsberichte: Bramsche, Formstecher. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. Anzeigen.

Bekanntmachungen.

In letzter Zeit sind dem Vorstand von verschiedenen Ortsverwaltungen Beschwerden zugegangen, daß die Mitglieder Auskunft über Arbeitsverhältnisse am Orte auf gewöhnlicher Postkarte verlangen.

Die nach § 39, Absatz 2 des Statuts einzuholende Auskunft hat nur auf den von den Ortsvorständen zu beziehenden Antragskarten zu geschehen, und brauchen andere Anfragen von den Ortsvorständen nicht beantwortet zu werden.

Der Vorstand.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker.

Folgende Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an, begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.

I. Kreis.

Berlin: Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).
Berlin: Max Krause.

Berlin, den 23. April 1919.

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.
Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe.

Berlin SW. 68, Markgrafensir. 73, III.

Briefadresse:

Z. Hd. des Geschäftsführers Herrn Richard Köhler.

Das Tarifamt hat in seiner Sitzung am 17. April 1919 einstimmig beschlossen:

mit der Geschäftsführung des Tarifamtes den Geschäftsführer des Tarifamtes für Deutschlands Chemigraven und Kupferdrucker, Herrn Richard Köhler, zu betrauen.

Wir ersuchen die Herren Mitglieder der Tarifgemeinschaft, sich bei allen Sendungen an das Tarifamt obiger Briefadresse zu bedienen.

Betrifft Tarif-Ausschuß:

Unter Berücksichtigung der Lage im Gewerbe und Neuordnung im Aufbau des Tarifgebäudes, hat das Tarifamt in gleicher Sitzung beschlossen: den Tarif-Ausschuß für den 27. Mai 1919 einzuberufen.

Die Tagung des Tarif-Ausschusses soll sich mit einer Revision des Tariffes befassen. Anträge dazu sind bis Mittwoch, den 14. Mai, beim Tarifamt einzureichen. Den Mitgliedern des Tarif-Ausschusses gehen besondere Einladungen noch zu.

Berlin, den 24. April 1919.

Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.
Hugo Albrecht, Gehilfenvorsitzender.
Richard Köhler, Geschäftsführer.

Um den Aufstieg der Arbeiterklasse.

I.

Wer heute die politischen Tageszeitungen verfolgt, wer die in der Erregung des politischen Kampfes geschriebenen Artikel und Notizen liest, der muß gerade zu der Auffassung kommen, daß nur moralisch minderwertige Menschen

die Führer der Arbeiterklasse seien. Denn da hagelt es von Schimpfworten, da werden dem Gegner Unterstellungen und Verächtigungen entgegengeschleudert, die dem politisch minder eingeweihten Leser jedes Vertrauen zu den führenden Personen nehmen muß. Was nutzt es, daß hin und wieder in ernsten, rein sachlichen Betrachtungen auch die tieferliegenden Ursachen darzulegen versucht wird, gelesen werden in der Hauptsache die mit Leidenschaft geschriebenen Anklagen, die mit persönlichen Angriffen gespickten Notizen, deren schlagwörterartige Darstellung auf den ungewöhnten Leser viel nachhaltiger einwirkt.

Und doch sind die Gegensätze tatsächlich vorhanden. Nicht Auffassungsverschiedenheiten über kriegstaktische Fragen trennten die beiden großen Lager in der Arbeiterbewegung, nicht weil Scheidemann oder Ledebour »Bluthunde« oder »Lumpen« sind, bekämpfen sich die Massen, nein, in all diesen mit so heißer Leidenschaft ausgeführten Kämpfen ringen letzten Endes grundsätzlich verschiedene Auffassungen über den Weg zur Höherentwicklung der Arbeiterklasse.

Wenn wir uns als Gewerkschaften um diese politischen Kämpfe kümmern, so deshalb, weil ja auch die Gewerkschaften ein Teil der großen sozialistischen Bewegung sind und weil jede politische Aktion, jede politische Gesetzgebung von scharfer Rückwirkung auf unsere wirtschaftliche Tätigkeit sein muß. Ja es ist für die Gewerkschaften direkt eine Pflicht der Selbsterhaltung, in diesen Kämpfen Stellung zu nehmen, weil der absolute Sieg der einen Richtung geradezu die Beseitigung der Gewerkschaften bedeuten würde. So wollen wir auch unsere Untersuchung nicht zu dem Zwecke unternehmen, um festzustellen, ob diese oder jene Parteirichtung für den einzelnen als politische Vertretung zu empfehlen sei, sondern nur, wie weit die taktischen Wege der einen oder der anderen Richtung für die Gewerkschaften nützlich oder schädlich sein können. Nur die wirtschaftlichen Wirkungen der angewandten Taktik sollen uns hier beschäftigen.

Zwei grundsätzlich verschiedene Kampfmethoden ringen seit Jahrzehnten (nicht erst seit Ausbruch des Krieges) in der sozialistischen Bewegung um die Sympathie der Arbeitermassen; nur daß der Kampf seit Ausbruch und unter den sittlichen Wirkungen des Krieges viel erbittertere Formen angenommen hat. Dabei dürfen wir uns keineswegs an die äußeren organisatorischen Trennungen halten. Dr. Lenens kriegsbegeisterte Weltrevolutionsidee stand sicher den Auffassungen Liebknechts unendlich viel näher als denen eines Eduard Bernstein, trotzdem ersterer bei der Mehrheit, letzterer bei der Minderheit war.

Wollen wir den Kern der taktischen Gegensätze klar erkennen, dann bietet uns eine Broschüre, der geistvollsten Vorkämpferin der radikalsten Taktik die sichere Führung. Wir meinen die Schrift: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften von Rosa Luxemburg, die im Jahre 1906 erschienen ist eine mit hinreißender Begeisterung geschriebene Aufforderung an die Arbeiterschaft, jede Kraftvergeudung für politische und soziale Reform-

arbeit zu unterlassen und dafür die äußerste Energie in der Vorbereitung der endgiltigen proletarischen Revolution zur Erringung der politischen Herrschaft zu entfalten. Sie geht darin so weit, daß sie die agitatorische Tätigkeit für die politische Organisation als weniger bedeutungsvoll glaubt entbehren zu können und legt den Hauptwert auf das mitreißende Vorbild einer vom glühendsten Kampfeifer erfüllten, opferbereiten Schar, die durch ihr zielstärkeres, nie zu entmutigendes Kämpfen die trägen, unorganisierten Massen mit sich fortreißen. Das Kampfmittel selbst soll der Massenstreik sein. Wie weit die Verfasserin dabei in der Mitwirkung der Unorganisierten einen wichtigen revolutionären Faktor für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse sieht, zeigt uns folgender Auszug: Da heißt es auf Seite 45: »Sechs Monate einer revolutionären Periode werden an der Schulung dieser jetzt unorganisierten Massen das Werk vollenden, das zehn Jahre Volksversammlungen und Flugblattverteilungen nicht fertig zu bringen vermögen. Und wenn die Verhältnisse in Deutschland für eine solche Periode den Reifeegrad erreicht haben, werden im Kampfe die heute unorganisierten zurückgebliebensten Schichten naturgemäß das radikalste, das ungestümmste, nicht das mitgeschleppte Element bilden. Wird es in Deutschland zu Massenstreiks kommen, so werden fast sicher nicht die bestorganisierten — gewiß nicht die Buchdrucker — sondern die schlechter oder garnicht organisierten, die Bergarbeiter, die Textilarbeiter, vielleicht gar die Landarbeiter die größte Aktionsfähigkeit entwickeln.«

In dieser Theorie scheint uns schon nach den Erfahrungen der letzten Monate ein erheblicher strategischer Fehler zu stecken. Der militärische Führer im Kampfe hat unzweifelhaft die Pflicht, vorher alle Faktoren zu berücksichtigen. Das verlangen wir aber auch im revolutionären Kampfe. Wer anders aber als eine wohldisziplinierte Organisation könnte wohl für die Mitkämpfer einigermaßen garantieren? Was unorganisierte Massen einer Bewegung schaden können, das hat uns die Beteiligung der Verbrecher an den Straßenkämpfen der letzten Zeit bewiesen. Das ist übrigens keine neue Erfahrung. Rosa Luxemburg erzählt uns über dieselbe Erscheinung aus der russischen Revolution: — — unter der Firma des Anarcho-Kommunismus wird ein großer Teil jener unzähligen Diebstähle und Plünderungen bei Privatleuten ausgeübt, die in jeder Periode der Depression, der momentanen Defensive der Revolution, wie eine trübe Welle emporkommen. Der Anarchismus ist in der russischen Revolution nicht die Theorie des kämpfenden Proletariats, sondern das ideologische Aushängeschild des konterrevolutionären Lumpenproletariats geworden, das wie ein Rudel Haifische hinter dem Schlagschiff der Revolution wimmelt. — —

Sie auszuschalten ist eben nur dann möglich, wenn eine planmäßig durchgebildete Organisation die Verantwortung übernimmt. Aber gerade die mühselig aufbauende Organisationsarbeit, die die Mitglieder nicht nur heranzieht, sondern planmäßig geistig und praktisch durchbildet, wird von den Vertretern der radikaleren

Tonart nicht gewünscht. Sie wenden sich weniger an den kühlen Verstand als an die heiße Leidenschaft, die Vorläuferin der revolutionären Aktion. Diese Leidenschaft scheint ihnen die beste Gewähr für eine erfolgreiche revolutionäre Propaganda zu sein. Je schärfer nun die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände, je berechtigter, aber auch um so leidenschaftlicher die Kritik. Darum kann ganz folgerichtig den Vertretern dieser Taktik, um der Steigerung der revolutionären Leidenschaft willen, an einer Beseitigung solcher Mißstände gar nicht so viel liegen.

Das ist keine Verdächtigung, nur die Konstatierung einer Tatsache. Dafür berufen wir uns auf das Zeugnis eines Mannes, zu dem ob seiner hohen wissenschaftlichen Leistung als Geschichtsforscher und Lehrer die ganze sozialistische Arbeiterschaft mit Verehrung aufblickte, auf Franz Mehring, der als Politiker die schärfste Taktik empfahl. Er schrieb im Dezember 1913 in einem Artikel: *Parlament und Sozialdemokratie*: »Wenn wir Arbeiterschutzgesetze schaffen oder schaffen helfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Kapitalismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, dem Gemeineigentum; wenn wir gegen Soldatenmißhandlungen ankämpfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Militarismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, der Miliz.« —

Und etwas weiter: »— es liegt im unveräußerlichen Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, daß er gerade da, wo er so funktioniert, wie er vernünftigerweise funktionieren soll, dazu führen muß, die bürgerliche Gesellschaft zu stärken.« —

Das heißt, um den Kapitalismus, so wie die ganze bürgerliche Gesellschaft zu schwächen, müssen wir jede Reformfähigkeit unterlassen. Ablehnung jedes Arbeiterschutzes, jeder Arbeiterversicherung, keine Milderung des Arbeitelends, weil durch diese Tätigkeit die revolutionäre Spannkraft der Arbeitermassen leiden würde.

Wir sind der festen Überzeugung, daß mit dieser Theorie, die hier Mehring so kalt und nackt vertrat, nur ein lächerlich geringer Bruchteil der Arbeiterschaft zu gewinnen wäre. Wohl fesselt die Arbeiterschaft die Schärfe der Kritik, aber doch im Grunde ihres Herzens nur deshalb, weil sie dabei der Hoffnung lebt, daß der Gegenstand der Kritik damit auch schnell und gründlich gebessert werde. Der Eindruck einer solchen Kritik ist bei den Zuhörern gefühlsmäßig meist der, daß sie sich sagen: der Mann spricht es aus, was wir leiden, ihm können wir vertrauen, er wird wissen, wie unser Elend gebessert werden kann.

Die so geschilderte Taktik, die durch Entfaltung der äußersten revolutionären Leidenschaft den politischen Sieg herbeiführen möchte, die deshalb aber auch von einer reformierenden Tätigkeit die Versumpfung ihrer Aktion fürchtet, läßt sich theoretisch auf das von Marx und Engels verfaßte kommunistische Manifest zurückführen:

»Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum.« —

Dieses Manifest ist im Jahre 1847 geschrieben. Damals war, wie Kautsky in seinem Vorwort Ausgabe 1906 dazu sagt, tatsächlich noch das Sinken seines Lohnes, die Verlängerung seiner Arbeitszeit, sein physisches, oft auch moralisches und intellektuelles Verkommen, kurz sein Elend das hervorsteckendste Charakteristikum des Proletariats. Ganz anders, sagt er dann weiter, steht das Proletariat heute da; immer mächtiger wächst die Empörung der geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse, immer stärker setzt der Widerstand des Proletariats ein, eine seiner Schichten nach der anderen weiß die degradierenden

Wirkungen des Kapitalismus zu überwinden. Zum Teil benutzt Kautsky bei dieser Feststellung sogar Marx eigene Worte, und oft genug ist der Nachweis erbracht worden, daß Marx in seinen späteren Jahren die im Manifest niedergelegten Sätze über die zunehmende Verelendung der Arbeiterschaft nicht mehr aufrechterhielt. Aber unsere Kommunisten gründen ihre Theorie heute noch auf das kommunistische Manifest vom Jahre 1847, wie in dem Manifest dieser Partei vom Oktober 1919 zu lesen ist. Sie behaupten heute noch die Verelendung, weil ihnen diese Verelendung die notwendige Voraussetzung für die revolutionäre Aktion des Proletariats zu sein scheint.

Rundschau.

Elendslöhne im Formstehergewerbe. Ende März d. Js. suchte die Firma Wilhelm Lampe, Hildesheim, Formstehergehilfen. Auf eine Nachfrage erbot sich die Firma, den Gehilfen sofort in Arbeit zu nehmen. An Lohn würden sie pro Stunde 0,70—1,20 Mk. zahlen, je nach den Leistungen. Das Angebot spottete jeder Kritik. Mit 33,60 Mk. glaubt die Firma ihrer Meinung nach schwächere Kräfte abspesen zu können; ein Lohn von 57,60 Mk. scheint schon an der Grenze ihrer Fassungskraft zu liegen. Wie verheiratete Formstehere nur damit leben sollen? Oder soll der Lohn durch Überstunden hochgeschraubt werden? Das wäre bei der großen Arbeitslosigkeit doppelt verwerflich.

Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat für den Monat Mai den Zusammentritt des Tarifausschusses beschlossen. Es soll über folgende Angelegenheiten beraten und Beschluß gefaßt werden: 1. Die Vorgänge innerhalb der Tarifgemeinschaft, verbunden mit Forderungen neuer Teuerungszulagen, Feriengewährung noch in diesem Sommer, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung von Nacharbeit oder Verlegung der Nacharbeit in andere Stunden, Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung.

Ein moderner Lehrvertrag. Wenn ein paar Stiefel mit Holzsohlen und Papieroberbekleidung rund 15 Mk., ein Hemd ca. 50 Mk., ein Anzug mehrere Hundert Mk., wenn ein Ei jetzt im freien Handel 1,50 Mk., ein Pfd. Butter rund 30 Mk. und so in lustiger Steigerung alle Lebensmittel und Bedarfsartikel kosten, wieviel Kostgeld gebraucht dann ein Lithographenlehrling? Darauf hat die Firma Schömbis in Offenbach in einem Lehrvertrag eine Antwort gegeben, den sie für einen Lithographenlehrling abgeschlossen hat. Die Bestimmungen über Kostgeldschädigung in diesem Verträge sind wert, als Zeitdokument der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Der genannte Lehrvertrag sieht als Kostgeldschädigung vor: im 1. Jahre nichts, (1) im 2. Jahre 1 Mk., im 3. Jahre 3 Mk. und im 4. Jahre 6 Mk. pro Woche. — Man kann darüber im Zweifel sein, ob einem jungen Menschen die Lithographie überhaupt noch eine Existenz in der Zukunft zu bieten vermag, die Eltern aber, die ein Kind mit derartigem Kostgeld vier Jahre lang durchhalten können, müssen mindestens Kriegsgewinnler sein. Man weiß nicht recht, wen man für weltfremd halten soll, die Eltern, die gar zu bescheiden, oder die Firma?

Zur Verordnung über Einstellung, Entlassung und Entlohnung von gewerblichen Arbeitern und Angestellten ist unterm 4. April d. J. eine Ergänzung veröffentlicht worden, wonach Kriegsteilnehmer und reindeutsche Zivilinternierte, die bei Ausbruch des Krieges stellungslos waren oder im Ausland tätig waren oder in Bureaus oder Betrieben tätig waren, die später aufgelöst worden sind, oder selbständige Unternehmer waren und infolge des Krieges kein Unternehmen mehr betreiben, ein solches auch nicht durch andere betreiben lassen, ein Wiedereinstellungsverlangen gegen denjenigen Arbeitgeber geltend machen können, bei dem sie nach dem 1. August 1914 zuletzt als Angestellte beschäftigt waren.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Reichspostdienst. Das Reichspostministerium hat angeordnet, daß in allen Dienststellen, die zur Besetzung mit Kriegsbeschädigten irgend geeignet sind, diese mit dem Vorrang vor allen anderen Personen einzustellen sind. Dabei sollen in erster Linie Schwerbeschädigte berücksichtigt werden.

Am falschen Orte sparen mußten wir während des Krieges immer wieder, d. h., da nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden konnten, mußten die weniger dringlichen hinter den dringlichen zurückstehen, für ihre Befriedigung mußten Stoffe herangezogen werden, die nur einen Nothelfer darstellten, wegen ihrer Uneignetheit für den Zweck aber eigentlich Rohstoffverschwendung bedeuteten. So zwang z. B. die Beschlagnahme der »Sparmetalle« die Fabriken zur Ablehnung auch der wichtigsten Reparaturen und die notwendige Folge war, daß Gegenstände, die durch rechtzeitige Wiederinstandsetzung noch Jahre lang hätten gebraucht werden können, vollkommen aufgebraucht wurden und durch neue Geräte ersetzt werden

mußten. Dabei erlebte man an diesen Neuanstellungen auch nur eine zweifelhafte Freude, sie waren eben nicht nur im Preise, sondern auch in Stoff und Arbeit »kriegsmäßig«. Man sehe sich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, einmal die Instrumente der Ärzte an: nach ganz kurzem Gebrauch ist der an Nickel erinnernde Überzug verschwunden, mit ihm auch der Rostschutz. Man sehe sich einmal in den Haushaltungen um, wieviel Geräte warten auf die Reparatur! Gewiß müssen wir auch heute noch mit den Sparmetallen sparen, aber man muß dem Kriegsausstoß für Konsumenteninteressen recht geben, wenn er meint, daß es unsparsam sei, durch Verhinderung der Reparaturen die Geräte ganz verderben zu lassen. Deshalb: heraus mit den Sparmetallen!

Unerträglich viel Kakao. Wieder wird in einer Mitteilung des »Tropenpflanzers« darauf hingewiesen, daß in den Ländern mit starker Kakaoerzeugung geradezu »unerträgliche Zustände« durch die Verringerung der Absatzmöglichkeiten entstanden sind. Diese Not des Überflusses ist dadurch vermehrt worden, daß besonders 1917 die Kakaoernte unerhört reich gewesen ist und auch im vorigen Jahr in den meisten Ländern keine Abnahme gezeigt hat. Danach sollte zu erwarten sein, daß sich eine starke Neigung zeigen wird, Deutschland mit Kakao zu versorgen, und daß der Widerstand gegen Wucher- und überhaupt Kriegspreise erleichtert werden wird.

Das Räteproblem.

II.

Die Aufgaben, die diese Betriebsräte zu erfüllen haben, gipfeln darin, daß sie »eine kontrollierende und mitbestimmende Funktion im Wirtschaftsprozeß zu entfalten haben«. Vergleichen wir den bisherigen Zustand mit dem zu erstrebenden, so erkennen wir unshwer den gewaltigen Fortschritt, den diese Forderung aufzeigt.

In allen Betrieben, in denen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt sind, bestehen für die einzelnen Berufe und Branchen Vertrauensleute, die sich zum großen Teil nur auf die hinter ihnen stehenden Kollegen stützen können. Einen besonderen gesetzlichen Schutz genießen sie nicht. Sie stehen im Gegenteil auf vorgeschobenen Posten und sind Maßregelungsgelüsten der Unternehmer in erster Linie ausgesetzt. Eine Ausnahme von dieser Regel machen die Vertrauensleute der Berufe mit strenger Tarifgemeinschaft. In diesen Berufen ist der Vertrauensmann das unmittelbarste Überwachungsorgan zur Durchführung der tariflichen Beschlüsse. Die Bedeutung, die er dadurch erlangt, und die auch der Arbeitgeber notgedrungen anerkennen muß, festigt unbedingt seine Stellung im Betriebe. Wir sehen also an diesem Beispiel, daß vermehrte Verantwortlichkeit der Vertrauensleute gleichbedeutend ist mit erhöhter Sicherstellung derselben. Die Gesetzgebung wird sich von diesem Gedankengang leiten lassen müssen, wenn sie etwas für die Arbeiter Erspießliches schaffen will. Sie wird deshalb den Aufgabenkreis der Betriebsräte erweitern müssen, indem sie ihnen gewisse Vollmachten in die Hand gibt. Bei der in Aussicht genommenen Tätigkeit der Betriebsräte wird sich das Interesse des Staates mit dem der Arbeiter zu begegnen haben. Das ist nur möglich, wenn sich der Staat zum Zwecke der fortschreitenden Sozialisierung seines Wirtschaftslebens der Betriebsräte bedient. Es wird sich dabei als notwendig erweisen, sämtlichen Betriebsräten in Industrie, Handel und Verkehr bestimmte Grundrechte zu verleihen, die je nach dem wirtschaftlichen Reifegrad des Betriebes erweitert werden können.

In einem handwerklichen Kleinbetrieb können die Aufgaben des Betriebsrates naturgemäß nicht so mannigfaltig sein, wie in einem industriellen Riesenbetrieb. Trotzdem sind jene nicht weniger wichtig als diese.

In erster Linie obliegt allen Betriebsräten die Pflicht, für die reiblose Durchführung aller das Gewerbe betreffenden gesetzlichen Bestimmungen einzutreten, soweit sich dieselben auf den Arbeitsvertrag und den Arbeiterschutz beziehen. Hierzu ist dem Betriebsrat das erforderliche Material zur Information und zum Studium zu übergeben. Sodann hat der Betriebsrat auf eine möglichst einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinzuwirken, um eine Übersichtlichkeit der Berufsverhältnisse zu fördern. Und das wichtigste Recht: Es ist dem Betriebsrat ein Einblick in die Gesamtproduktion des Betriebes zu gewähren, um Art und Umfang der Rohstoffbeschaffung, der Verarbeitung und des Warenvertriebes festzustellen. Hierbei soll der Betriebsrat im Bedarfsfalle besonders geschulte Personen heranziehen können. Das so gewonnene Material hat der Betriebsrat innerhalb regelmäßiger Zeitabschnitte dem Bezirksarbeiterrat zu übermitteln, der es entweder selbst oder gemeinschaftlich mit den vorhandenen Berufsorganisationen weiter verarbeitet. Als oberste Instanz wirkt der Reichsarbeitsrat, der den Extrak dieser Vorarbeiten der Gesetzgebung gegenüber zu vertreten hat.

In dem soeben veröffentlichten Entwurf der Reichsregierung ist ferner die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat vorgesehen. Diese Körperschaften sollen ge-

bildet werden aus den Bezirksarbeiterräten und dem Reichsarbeiterrat einerseits und den Vertretern der Unternehmer andererseits. Sie haben mitzuwirken an der Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetze von grundlegender Bedeutung beim Reichstage zu beantragen. Damit ist die Mitwirkung der Arbeiter bei der planmäßigen Sozialisierung gesichert.

In allen diesen Fragen ist die ständige Verbindung mit den Gewerkschaften unerlässlich. Nur durch diese Verbindung wird es möglich sein, die Interessen der Arbeiter nach einheitlichen Grundsätzen wahrzunehmen, während ohne diese Verbindung das Wohl und Wehe einer Berufsgruppe von der zufälligen Zusammensetzung des Bezirksarbeiterrats abhängig wäre.

Wenn heute für manche Radikale die Einsetzung der Betriebsräte das Signal zur Beseitigung der Gewerkschaften ist, so verkennen diese Leute ganz, daß die Betriebsräte als alleinige Interessenvertretung der Arbeiter nur heillosen Wirrwarr anstellen könnten und daß ihnen nach absehbarer Zeit gar nichts anderes übrig bleiben würde, als wiederum die Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. So wenig wir im Zeitalter des Motors gewonnen sind, zu Urgröbentums Postkutsche zurückzukehren, so wenig können wir uns darauf einlassen, zugunsten eines unklaren Begriffs Einrichtungen zu beseitigen, deren höchste Auswirkung wir erst noch von der Zukunft erwarten. Lücken und Fehler im Aufbau können und müssen beseitigt werden, niemals aber darf der Gedanke Raum gewinnen, das ganze Gebäude einzureißen. Einen solchen lebensfähigen Organismus wie die Gewerkschaften, die gegenwärtig schon 3 Millionen Mitglieder umfassen, kann man nicht ungestraft zerstören. Im Gegenteil, mit Hilfe der Betriebsräte muß es ein Leichtes sein, die Gewerkschaften zu modernisieren, wie umgekehrt die Betriebsräte nur an einer starken Gewerkschaft einen dauernden Rückhalt haben.

So stellt sich uns also das Betriebsrätesystem nicht als eine isolierte Organisationsform dar, sondern als die Erfüllung des gerade von den oppositionellen Elementen innerhalb der Gewerkschaften vertretenen Gedankens der weitgehenden Mitarbeit der berufstätigen Arbeiter. Die immer wiederkehrenden Vorwürfe gegen die Gewerkschaften wurzeln in einer wachsenden Abneigung gegen die Gewerkschaftsbürokratie. Selbst das zeitweilige Verstummen dieser Vorwürfe konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Funke immer noch unter der Asche glüht. Die Revolution hat alte Gedanken in neuer, geklärter Form wieder aufleben lassen. An uns ist es, diese Gedanken mit vollem Herzen aufzunehmen und den Arbeitern den Weg zu weisen zu ausübiger Mitarbeit. Der berufstätige Arbeiter muß lernen, seine geistigen Kräfte mit denen des Kapitalisten zu messen und die Bißsen des Kapitalismus zu erkennen. Ist die Arbeiterschaft gewillt, durch ernste Arbeit dem Kapital auf den Leib zu rücken, so kann es den Gewerkschaften nur willkommen sein. Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.

Das Räteproblem ist gelöst, wenn wir darunter verstehen: Weitgehendste Mitarbeit der im Produktionsprozeß tätigen Arbeiter und dadurch Vertiefung und Ausbreitung des gewerkschaftlichen Gedankens. F. K.

Zerstörung der deutschen Volkskraft durch den Weltkrieg.

In den Studien der Kopenhagener Gesellschaft für Soziale Folgen des Krieges, ist eine neue umfangreiche Arbeit von Karl Döring erschienen, welche die Bevölkerungsbewegung in Deutschland während des Weltkrieges bereits zusammenfassend und abschließend darstellt. Neben den unmittelbaren Verlusten im Felde sind der Geburtenrückgang und die erhöhte Sterblichkeit in der Heimat in Anschlag gebracht. Während ohne den Krieg die Bevölkerung des Deutschen Reiches jetzt zweifellos schon 70 Millionen überschritten hätte, ist die Einwohnerzahl jetzt, nachdem sie bei Kriegsbeginn 67,8 Millionen betrug, auf 65 Millionen gesunken. Davon sind 33,9 Millionen weiblich und nur 31,2 Millionen männlichen Geschlechts. Von dem gesamten Verlust entfallen rund 3,5 Millionen auf die verminderte Zahl der Geburten und rund 2,1 Millionen auf die Zunahme der Sterblichkeit. Die erhöhte Sterblichkeit geht einerseits auf die Verletzungen im Kampfe zurück, andererseits auf die ungenügende Ernährung. Dieser sind in Deutschland allein etwa 700 000 Menschen zum Opfer gefallen, namentlich in den letzten beiden Kriegsjahren. Im Jahre 1918 nahm die Sterblichkeit der über 60 Jahre alten Personen um die Hälfte, die Sterblichkeit der 4-15jährigen um das Doppelte zu.

Altersaufbau und Geschlechtszusammenfassung der deutschen Bevölkerung hat sich vollkommen verändert. Vor dem Kriege kamen auf 1 000 Personen männlichen Geschlechts 1024 Frauen; jetzt auf 1 000 Männer 1086 Frauen. In den Altersklassen von 20 bis 50 Jahren beträgt das Verhältnis statt 1 000 zu 1 005 wie früher jetzt 1 000 zu 1 155 und in den Jahresklassen von 20 bis 30 Jahren, die

für Eheschließungen besonders in Betracht kommen, ist es noch weit ungünstiger.

Die Zahl der Neugeborenen ist in den letzten Kriegsjahren unter die Hälfte der Friedenszahl gesunken. Soweit die Sterblichkeit durch die Kämpfe unmittelbar vermehrt worden ist, haben sie mit rund 1,8 Millionen blutiger Verluste die kräftigsten und leistungsfähigsten Jahrgänge betroffen. Die Anzahl der Männer im militärpflichtigen Alter ist von rund 14 auf etwa 12,2 Millionen gesunken. Dazu kommt, daß Hunderttausende der Überbleibenden mehr oder weniger verkrüppelt sind. Es hat also eine Art umgekehrter Rassenauslese stattgefunden, durch welche die beste Menschenkraft und Arbeitskraft des deutschen Volkes vernichtet worden ist.

An eine Wiedererhöhung ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Der Gesamtverlust an zeugungsfähigen Männern übersteigt gegenwärtig noch 2 1/2 Millionen, da noch über 800 000 Gefangene in Feindesland zurückgehalten sind. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat sich infolge Überarbeit und Unterernährung außerordentlich verschlechtert. Die Tuberkulose hat erneut erschreckend um sich gegriffen. Die Sterblichkeit der deutschen Gesamtbevölkerung wird auch nach dem Kriege noch lange Zeit beträchtlich höher sein als die des letzten Friedensjahres, zumal voraussichtlich es noch lange dauern wird, ehe wir wieder zu normalen Ernährungsverhältnissen gelangen.

Zu einem einmaligen Verlust von 5 1/2 Millionen Menschen durch den Weltkrieg kommt für das deutsche Volk ein noch lange andauernder Geburtenrückgang und auf Jahre hinaus eine höhere Sterblichkeitsziffer. Genau wie in den wirtschaftlichen Fragen steht auf dem Gebiete der Volkskraft die deutsche Nation vor der Katastrophe, wenn es nicht endlich gelingt, durch vollständige Unterdrückung jeder Gewalttätigkeit und Wiederaufnahme einer vollkommen regelmäßigen Arbeitsleistung mit dem Wiederaufbau des deutschen Volkskörpers zu beginnen.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Technik und die Arbeiter.

Der alte Einwand, daß die Arbeiter nur die Interessen eines profitungrigen Unternehmertums besorgen, wenn sie sich mit der Technik und ihrer Entwicklung im allgemeinen, und mit der des Berufes im besonderen beschäftigen, verblaßt immermehr vor den harten Tatsachen des Alltags. Wohin man blickt, was man auch anfaßt, welche Frage man sich zu beantworten versucht, welches Gebiet man bearbeitet, überall stößt man auf die Technik und kann sich ihrem riesenhaften Einfluß nicht entziehen. Der Mensch, in seinem ganzen Sein und Tun, hat sich an die Ergebnisse der Technik gewöhnt, daß er garnicht mehr ohne die Technik auszukommen vermöchte. Ja, selbst noch nach dem Tode des Menschen will die entwickelte Technik noch keine Ruhe geben und macht Ansprüche geltend. Und da soll die Beschäftigung des Arbeiters mit diesem gigantischen Riesen, der sich schon bei der Geburt an seine Fersen heftet und ihn nie wieder losläßt, Besorgung der Interessen seines Totfeindes sein? Es gehört nicht nur ein gehöriges Maß Verblendung für bestehende Tatsachen dazu, sondern auch eine gehörige Dosis Verkennung der wirklichen Lage der Arbeiterschaft, um ein solches Urteil zu fällen. Alle ernsthaften und tiefersüchtenden Ökonomen haben stets bedauert, daß die Geschichte und Statistik der Technik so unvollkommen und unentwickelt ist, daß dadurch der Einfluß der Technik und ihrer Entwicklung auf die Arbeiter nicht einwandfrei aufgezeigt werden kann. Selbst Karl Marx, der zu einer Zeit seine grundlegenden Werke verfaßte, wo die Technik noch nicht so hoch entwickelt war, bedauert, daß die Technologie, wie er die Geschichte der Technik benannte, noch nicht genügend beobachtet und bearbeitet war. Er war der Meinung, daß gerade die Technologie, wie kein anderer Wissenszweig, in der Lage wäre, der Arbeiterschaft in der nachdrücklichsten Weise zu beweisen, daß die industrielle Entwicklung im Sozialismus ihren Endpunkt finden muß.

Die grundsätzliche Aufgabe der Technik ist die Befreiung des Menschen von der mechanischen Arbeit, ist die Loslösung des Menschen von der gestiftenden Produktion. Je stärker sich diese Loslösung vollzieht, um so größer wird die Loslösung des Menschen vom Tier, um so eher wird der Mensch Mensch sein. In demselben Grade, in dem sich die technische Entwicklung vollzieht, in demselben Grade vollzieht sich die Menschwerdung.

So tiefenschnellend der Einfluß der Technik auf die kulturelle Entwicklung ist, so vor- und aufwärtsbewegend ihre Tendenz ist, so verheerend hat sie gewirkt auf die Arbeiter unter dem Kapitalismus. Sie hat nicht nur ganze Gebiete der Warenerzeugung vollständig umgewälzt, sondern sogar einen Teil ganz beseitigt. Sie hat nicht nur Arbeiter aus der einen Industrie in die andere geworfen, sondern sie hat auch ein ganzes Heer geistiger Arbeiter proletarisiert und in die Klauen

des Kapitalismus gebracht. Sie hat weite Schichten des Volkes mit der Geißel des Hungers, des Elends und der Verzweiflung geschlagen und Unfälle über Unfälle der Arbeiterschaft zugefügt. Sie hat neue Industrien geschaffen und neue Menschen dazu. Sie hat Städte und Dörfer vom Erdboden verschwinden lassen und an anderen Stellen neu aus dem Erdboden gestampft. Sie hat alles revolutioniert und damit ihrem bisherigen Nährvater, dem Kapitalismus, die Bahn freigemacht zu seiner anscheinend unbezwinglichen Herrschaft. Der Kapitalismus ist undenkbar ohne die Technik, die Technik aber denkbar ohne den Kapitalismus.

Der Kapitalismus als Stütze und Erzieher der Technik hat an seinem Pfingling nur so lange Interesse, als er bereit ist, das Goldkind Profit in seinem Vorwärtskommen zu fördern. Je mehr die Entwicklung der Technik vermag Arbeiterhände überflüssig zu machen, um so größerer, sicherer wird der Profit. Die nie ruhenden und nie rastenden, mit Riesenkräften ausgestatteten eisernen Arbeiter versagen selten vorzeitig den Dienst und bekunden keinen Willen gegen Ausbeutung und Profit. Sie sind bis an ihr Ende unausgesetzt tätig und spielen Profit auf Profit. Der Mensch als ihr Ansteller wird zu ihrem Sklaven und zur höheren Ehre des Profits in die Zwangsjacke der maschinellen Leistungsfähigkeit gebracht. Er hört auf Mensch zu sein und wird selbst Maschine.

Was für die Arbeiter im allgemeinen gilt, trifft für die Berufsarbeiter im besonderen zu. Auch in der graphischen Industrie gewinnt die Technik immer mehr Einfluß und kein Tag vergeht, wo nicht eine technische Verbesserung zu verzeichnen wäre. Sind auch diese technischen Verbesserungen oft von untergeordneter Bedeutung, so beeinflussen sie doch in ihrer Gesamtheit die Lohnverhältnisse der Berufsarbeiter und bedingen deren Arbeitsweise. Je weniger wir uns mit der Technik und ihrer Entwicklung beschäftigen, um so mehr ist die Möglichkeit gegeben, uns als Arbeiter zu überumpeln und eines schönen Tages unvermittelt vor ganz neue Verhältnisse zu stellen. Der Nachteil läge dann ganz auf Seiten der Arbeiter, die alle daraus entstehenden Folgen allein zu tragen hätten.

Aber auch der Einwand, daß die Zeit der kapitalistischen Ausbeutung vorbei sei und der Übergang zur Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft schon in Fluß ist, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden, das Studium der Technik und ihrer Entwicklung zu unterlassen. Im Gegenteil erfordert gerade die Zeit der vergesellschafteten Produktionsmittel in ganz besonderem Maße das Studium der technischen Entwicklung. Erst dann kommt die entwickelte Technik der ganzen Menschheit zu gute und jeder Einzelne hat aus seinem Verhältnis zur Gesamtheit die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in immer größerem und höherem Maße die Loslösung des Menschen von der Produktion erfolgt. Denn erst dann ist die Grundlage dafür geschaffen, daß der Mensch sich ganz mit der reinen Menschwerdung befassen kann und in die Lage versetzt wird, seine Geschichte mit Bewußtsein zu machen. Und so wollen wir durch die Beschäftigung mit der Technik und ihrer Entwicklung unsern Teil dazu beitragen, daß die Gegenwart Zukunftsarbeit leistet. H. Ronnger.

Unsere Verbandstagung.

Der unterzeichnete Kollege sendet uns als Anregung für die im Sommer dieses Jahres einzu-berufende General-Versammlung nachstehenden Artikel:

Nach einer Pause von sechs Jahren wird dieselbe in diesem Jahre stattfinden und zwar laut Stuttgarter Beschluß in Magdeburg. Die Notwendigkeit der Tagung ist durch das Statut sowohl als auch durch den Krieg und die dadurch bedingten Verhältnisse gegeben.

Wie so oft, so heißt es auch diesmal, von Grund auf neu zu gestalten. Es wird eine scharfe Arbeitswoche für die Delegierten werden. Es wird sogar zuviel der Arbeit sein. In unserem Verbandsrat das Bestreben, Reformen im Verbandsrat zu schaffen, schon seit Stuttgart zu beobachten, doch wurde der Gärstoff dort leider nicht ausgemetzt.

Unsere diesmalige Tagung wird bei gleicher Tagung wie sonst das Doppelte an Kosten verursachen, schon allein infolge der erhöhten Fahrpreise und des Lohnausfalls. An dem Friedenssatze der Diäten läßt sich auch nicht festhalten. Da möchte ich den Vorstand machen, daß wir, um an Kosten so viel wie möglich zu sparen, von jetzt ab ungesäumt und ununterbrochen für die Generalversammlung arbeiten. Der Hauptvorstand wird wohl sehr bald den Termin und die Tagesordnung bekanntgeben, er möge auch gleich die Referenten bekanntgeben. Mein Vorschlag ist weiter, die Referate und ev. Korreferate schon vorher in der »Graph. Presse« zu veröffentlichen, damit diese in den Mitgliederversammlungen besprochen werden können. Eine Statutenberatungskommission kann ernannt werden, welche auch eine Prüfung der eingereichten Anträge vornehmen kann. Die Arbeit dieser Kommission, wo die Spreu schon gesondert ist, wäre dann ebenfalls zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

Der Bericht des Hauptvorstandes wird so wie so schriftlich gegeben, man gebe ihn aber belzeiten. Wer glaubt, sich auf Grund des Hauptvorstandes

berichtet rechtfertigen oder denselben angreifen zu müssen, tue, das in der Presse in einmaliger Veröffentlichung.

Auf der Generalversammlung bekommt man zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gewöhnlich auch nur einmal 5 oder 10 Minuten lang das Wort, wenn einem nicht durch Schlußantrag schon vorher das Wort im Maul abgesperrt wird.

Ich selbst habe ja manden Strauß mit dem Hauptvorstand, in demselben wird stinkender Storchschnabel, Seifenkraut usw. sein, warum soll der Blumenstrauß die Zeit der Generalversammlung kosten? Ist das nötig? Dreht doch beiden das Gas ab durch ein billiges und rationiertes Verfahren. Das Hühndchen, das wir miteinander haben, kann ja schon vorher gerupft werden, man kann sich ja dazu neben den Linden finden. Ich persönlich bin sogar bereit, mich wegen Inszenierung der 1915-Bewegung in die Wolfsschlucht werfen zu lassen; denn ich bin bescheiden genug, es mir genügen zu lassen, wenn ich im Prinzip recht bekomme, durch die von mir zuerst geforderte Verbandsreorganisation, so wie ich sie auffasse.

Da nun von hoher Stelle schon vor der Revolution gesagt wurde, daß der kein vernünftiger Mensch sei, der nicht die Neuordnung wolle, so wird sich, wo der Wille ist, auch ein Weg finden lassen. Und das ist, worauf es ankommt. Die Generalversammlung soll ja nicht so sehr der Austragung und Begleitung der Angriffe als vielmehr dem Gesamtwohl dienen.

Darum der Vorschlag, soviel wie möglich vor der Generalversammlung erledigen, auf daß das prinzipiell Wichtigste nicht zu kurz kommt; man hat damit allein mehr als genug zu tun.

Verfahren wir aber wie sonst, dann kommt das, was diesmal trotz allem die Hauptsache ist, die Statutenänderung, zu kurz. Dann müßte zuviel wieder auf der Generalversammlung von der dort einzusetzenden Statutenberatungskommission in fortwährender Hetzarbeit und hetzender Berichterstattung bewältigt werden.

Diesmal heißt es, Gegensätze in der Auffassung über Verbandseinrichtungen im Plenum auszutragen, vor diesem muß alles andere zurücktreten.

A. Hehr.

Ortsberichte.

Coblenz. Allgemeine Versammlung. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten in unserer weitverbreiteten Zahlstelle und infolge der feindlichen Besetzung konnte unsere Generalversammlung erst am 6. April d. Js. stattfinden. Im erfreulichen Verbandsinteresse waren fast alle Kollegen erschienen. Nach Begrüßung der Kollegen durch den Vorsitzenden, gab dieser den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die in der Kriegszeit eingegangene Zahlstelle von den zurückgekehrten Kollegen neugegründet wurde. Darauf gab der Kassierer den Bericht über die Kassenverhältnisse. Einstimmig wurde der bestehende Vorstand wiedergewählt. Bei der Aussprache über die Lohnverhältnisse wurde festgestellt, daß die Wochenlöhne in der Mitgliedschaft zwischen 60-85 Mk. schwanken. Mit einem Referat des Kollegen Bauknecht über die jetzigen Verhältnisse im Beruf fand die Versammlung ihren Abschluß.

Darmstadt. Allgemeine Versammlung vom 16. April 1919. Nachdem der Gautag des Gaues VII am 9. März die Ortsvorstände verpfändete, überall durch zielbewußtes energisches Vorgehen die noch rückständigen Löhne zu verbessern, die uns noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, hat die neue Verwaltung diesen Auftrag sofort durchgeführt. In zwei Firmen waren die Löhne soweit geregelt, uns wurden dort 80-85 Mk. gezahlt. Wir hatten aber auch Firmen, wo noch 45 Mk. gezahlt wurden. Mit diesen rückständigen Firmen wurde auf folgender Grundlage verhandelt: Ab 1. April werden für ausgelernte Kollegen ein Mindestlohn 60,- Mk., für ältere Kollegen 72,50 resp. 75,- Mk. und für leistungsfähigere nach Vereinbarung mehr gezahlt. Für 14 Kollegen wurden 322,- Mk. wöchentliche Zulage erzielt, von 10 bis über 30 Mk., durchschnittlich 23 Mk. 8 Kollegen haben sich der Organisation angeschlossen. Aber immer noch gibt es einige ältere Kollegen, die durch unser Vorgehen schöne Zulagen erhielten, die sich aber durch alle möglichen Ausreden der Verpflichtung, dem Verbands sich anzuschließen, entziehen. Wer nicht mit uns ist, wird als Gegner

behandelt; wir üben keine Rücksicht mehr. Wir verlangen im neuen Tarif den Organisationszwang. Keine Firma darf Unorganisierte beschäftigen. Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich mit dem neuen Tarifentwurf; einstimmig wurde beschlossen, die Mindestlohnsätze zu erhöhen und statt 40-45 und 50 Mk. für jüngere Kollegen 50-60 und 65 Mk. zu verlangen. — Die Verwaltung konnte mit den Griesheimer Formstecherkollegen die Verbindung noch nicht herstellen, da durch die feindliche Besetzung jede gewerkschaftliche Tätigkeit unmöglich gemacht ist.

Königsberg i. Pr. Am 5. April d. Js. traten die Steindruck- und Lithographen Königsbergs zu einer Besprechung zusammen, zu der auch der Arbeitsekretär Andersch, ein früheres Mitglied des Verbandes, erschienen war, um den Versammelten über die Lage Deutschlands Aufklärung zu geben. Redner ließ die politischen Ereignisse seit 1914 vorüberziehen, schilderte die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Krieges und des militärischen Zusammenbruchs und forderte für die Arbeiterschaft einen Ausgleich für die unerträglichen Lebensverhältnisse. Er schloß, wir müßten daran arbeiten, daß der Arbeiter seine Existenz nicht nur als Arbeitstier fristen darf, ihm müsse eine bessere Zukunft unter der neuen Regierung beschieden werden. Vom Vorstand der Buchdrucker sprach Kollege Wittenberg. Es wurde ein gemeinsames Vorgehen der verwandten Berufe beschlossen, um für die Königsberger Kollegen bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Aus der Versammlung ging ferner der Beschluß hervor, die Lithographen und Steindruck-Deutschlands vor Zuzug nach Königsberg zu warnen, da hier schon genügend Arbeitslose am Orte sind und die Kollegen unter den bestehenden Verhältnissen sehr leiden.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Dresden, Lichtdrucker. Die am 9. April 1919 stattgefundene Lichtdrucker-Versammlung stand im Zeichen der Beratungen über die Tarifanträge. Es wurde festgestellt, daß die Vorschläge der Berliner Kollegen betreffs Abänderung resp. Hinzufügung neuer Paragraphen voll und ganz den Beifall der Versammelten fanden. In der Ferienfrage wurde der Antrag zum Beschluß erhoben: »Jeder Gehilfe und Lehrling hat Anspruch auf mindestens 6 Arbeitstage Ferien, welche sich nach 3-jähriger Tätigkeit auf 9, nach 5-jähriger Tätigkeit auf 12 Tage erhöhen.« Ein Antrag Ulbricht, daß die Firmen bei nicht voller Beschäftigung die Differenzen am Lohn, außer Erwerbslosenunterstützung, tragen sollen, wurde aus Dringlichkeitsgründen sofort dem Tarifamt überwiesen. Ein Vortrag über Farbenlichtdruck beschloß die von 30 Kollegen besuchte Versammlung.

Photogr. Mitarbeiter.

Die Sonntagsruhe der Photographen.

Während die meisten anderen Gewerbe die Sonntagsruhe längst haben und im Handelsgewerbe nun auch die Sonntagsruhe gesetzlich geregelt ist, ist die Photographie noch einer der wenigen Berufe, die sich der weitergehenden Sonntagsruhe noch nicht erfreuen können. Es wird hier unbedingt an der Zeit sein, daß sich unsere Reichsbehörden auch mit dieser Frage einmal beschäftigen und eine einheitliche Regelung an Stelle des jetzigen Chaos herbeiführen. So manche Gründe, die für die bisherigen Ausnahmen im Photographengewerbe maßgebend waren, dürften hinfällig sein; denn durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird ein großer Teil des Publikums in der Lage sein, sich auch in der Woche photographieren zu lassen. Auch der Hinweis, daß die Landbevölkerung des Sonntags in die Städte kommt und sich dort bei ihren Einkäufen photographieren läßt, kann nicht mehr zutreffen, da an Sonntagen das Handelsgewerbe ebenfalls geschlossen halten muß.

Die Stellungnahme der Arbeitgeber ist sehr verschieden. Ein Teil will überhaupt von einer

weitergehenden Sonntagsruhe nichts wissen. Es sind das diejenigen, die sich bisher auch noch nicht einmal um die bestehenden Gesetze gekümmert und die Sonntagsruhe fast ständig übertreten haben. Ein anderer Teil will die Beschäftigung der Gehilfen an Sonntagen aufgeben, aber für sich in Anspruch nehmen, den ganzen Tag ihre Ateliers offen zu halten, damit sie selbst Aufnahmen machen können. Der kleinste Teil der Arbeitgeber ist mit der vollständigen Sonntagsruhe einverstanden und das dürften meistens die besseren Ateliers sein, die jetzt schon wenig oder gar nicht an Sonntagen geöffnet haben.

Hier ist dem Publikum Gelegenheit gegeben, die Wünsche der Photographengehilfen und -gehilfen auf absolute Sonntagsruhe weitgehendst zu unterstützen, indem es sich an Sonntagen nicht photographieren läßt.

Die Tapetenbranche.

Ortsberichte.

Bramsche. Am 15. April fand die erste Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale statt. Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und wies darauf hin, daß seit der letzten Zusammenkunft etwa 5 Jahre vergangen seien und gedachte in warmherzigen Worten der gefallenen bzw. vermißten Kollegen. Darauf gab die Lohnkommission ihren Bericht über die Verhandlung mit der hiesigen Firma wegen Erhöhung der Löhne, welche hier pro Stunde 88 Pfg. und 1,10 Mk. betragen. Die Firma lehnte die geforderte Erhöhung ab, weil sie einen Tarif mit dem Arbeiterrat von Bramsche abgeschlossen hätte. Dort aber sei angeregt, daß gelernte und ungelernete Arbeiter denselben Lohn zu bekommen hätten, daher dürfe sie keinen Unterschied machen. Ferner wies die Firma auf die in Kürze stattfindende Zusammenkunft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Tapetenbranche hin, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt werden sollen. Es wurde von mehreren Kollegen scharf gerügt, daß die Arbeitervertreter von Bramsche nicht auch gelernte Arbeiter zu den Verhandlungen mit den hiesigen Arbeitgebern hinzugezogen hätten, es sei ein Unding, daß die gelernten Arbeiter nicht mehr verdienen sollen wie ungelernete. Darauf wird folgende Resolution an die Zentralkommission gerichtet: Die am 15. April in Bramsche stattgefundene Versammlung der Formstecher fordert die Zentralkommission auf, für die demnächst stattfindenden Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern der Tapetenbranche sofort Schritte zu unternehmen, um mit sämtlichen Filialen, in welchen sich Formstecher befinden, in Fühlung zu treten, um einen den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Tarif zum Abschluß zu bringen. Die Versammlung empfiehlt, evtl. einen Vertretertag der Formstecher einzuberufen, der dazu Stellung zu nehmen hätte. Die Kollegen von Bramsche richten an sämtliche Formstecher Deutschlands die Aufforderung, sich dem Vorgehen der Bramscher Kollegen anzuschließen. Punkt 2 der Tagesordnung, Vorstandswahl, wurde fallen gelassen, da noch nicht sämtliche Kollegen vom Militär entlassen sind und auch noch einige in anderen Betrieben arbeiten. Der vorläufige Vorstand erklärte sich bereit, die Sache weiter zu führen. Lebhaft wurde darüber geklagt, daß von Berlin keine Nachricht zu bekommen sei, auf manche Briefe mehrere Wochen keine Antwort käme; doch sei dieses wohl in der Hauptsache auf die augenblicklichen Verkehrsstörungen zurückzuführen.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Das Verbrechen des Bürgerkrieges. Von einem Arbeiter. In mehreren Abschnitten wird die Wirkung der Bürgerkriegstaktik gegen das hungernde Volk, gegen die Arbeiterkultur, gegen das Reich und endlich gegen den Sozialismus gekennzeichnet. Preis der Broschüre 20 Pfg. Verlag: Vorwärts, Berlin SW. 68.

Stellenangebote Formstecher auf dauernde Beschäftigung, auch Sommerarbeit, und guten Lohn zu sofort gesucht. Aug. Künneke, Hannover-Linden, Gartenallee 20a.

Ia Nachschneider, weicher gleichzeitig geübter Fräser ist und das Montieren mit übernehmen kann, findet sofort gute Stellung. Richard Müller, Graphische Kunstanstalt, Chemnitz, Brückenstr. 31

Verschiedenes INSERATE sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders. Inkl. Porto 1,15 Mk. Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, Extrakt (trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden). „Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfertig, zum Präparieren von Lithographien, Zink- und Aluminiumplatten. „Enoldin“ - Druckpaste - speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere. „Enol“ - Drucktinte - sehr geeignet für Bronzedruck. „Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich. empfindlich H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrik chem. techn. Präparate f. Druckereien.